

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Strasse 20a
04317 Leipzig
Deutschland

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 17. November 2014

Ihr Schreiben vom 12. September 2014 zur Sendung *Tagesthemen* – „Waffenruhe in der Ostukraine“ vom 5. September 2014

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 12. September 2014 zu dem Beitrag „Waffenruhe in der Ostukraine“ der Sendung *Tagesthemen* vom 5. September 2014. Ihr Schreiben habe ich am 16. Oktober 2014 vom Norddeutschen Rundfunk über den WDR-Rundfunkrat erhalten. Da die Leitung des ARD-Studios Moskau beim WDR liegt, möchte ich Ihnen antworten.

Sie kritisieren den Beitrag *„wegen der unkommentierten Darstellung verfassungswidriger Kennzeichen sowie der vorsätzlichen Verharmlosung faschistischer Organisationen“*. Des Weiteren tragen Sie vor, die Freiwilligen-Bataillone würden dargestellt „als repräsentierten sie die positive Seite des bewaffneten Konflikts“.

Ihr Schreiben vom 12. September 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde nach § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz, da Sie eine Verletzung der Programmgrundsätze und Jugendschutzbestimmungen behaupten.

Nach § 5 Absatz 1 Satz 2 WDR-Gesetz sind die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre einzuhalten. Dazu gehören auch die von Ihnen zitierten §§ 86, 86 a StGB. § 4 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der ebenfalls auf § 86 und 86 a StGB Bezug nimmt, gilt nach Maßgabe der Verweisung von § 6 WDR-Gesetz direkt für den WDR. Zu Recht weisen Sie daraufhin, dass die Rechte der Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung ihre Schranken laut Artikel 5 Absatz 2 GG in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre finden.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich dennoch zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfen kann.

Zunächst zur Problematik des öffentlichen Zeigens von rechtsextremen Symbolen und Kennzeichen. Die in besagtem Beitrag gezeigten Bilder des ukrainischen Freiwilligen-Bataillons wurden an diesem Tag von der Nachrichtenagentur Reuters aufgenommen und international verbreitet. Grundsätzlich zielt § 86 a StGB darauf ab, bestimmte Kennzeichen aus dem Bild des politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland zu verbannen. Dennoch pflegen die Gerichte den besonderen Anforderungen des Grundrechts der Meinungsfreiheit dadurch Rechnung zu tragen, dass sie Ausnahmen von der Strafbarkeit für geboten halten, sofern das inkriminierte Verhalten trotz äußerer Verwendung der Kennzeichen dem Schutzzweck des Gesetzes erkennbar nicht zuwiderläuft. In § 86 a Abs. 3 in Verbindung mit § 86 Absatz 3 StGB hat der Gesetzgeber ausdrückliche Ausnahmen geregelt bei deren Vorliegen diese Symbole dennoch gezeigt werden dürfen. Zu diesen Ausnahmen zählt explizit die Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens. Der von Ihnen kritisierte Beitrag stellt eine ebensolche Berichterstattung über ein wichtiges Thema des aktuellen Zeitgeschehens dar.

Der Bericht thematisierte die Waffenruhe, die an diesem 5. September 2014 in Minsk beschlossen wurde und ging der Frage nach, wie verlässlich diese sein würde. Um diese Frage zu beantworten, hat der Autor Peter Schreiber nicht nur die Position der ukrainischen Regierung und des Kreml verdeutlicht, sondern auch die weit auseinander liegenden Positionen der pro-russischen Separatisten und der ukrainischen ultranationalistischen Freiwilligenmiliz Azow. Beide Gruppierungen zeigten sich skeptisch. An keiner Stelle wird eine der beiden Parteien als positiv oder negativ dargestellt.

Ohne Zweifel sind unter den ukrainischen Freiwilligen-Milizen auch zahlreiche Ultranationalisten. Dies wurde auch bereits in zahlreichen Beiträgen unserer Korrespondenten thematisiert.

Es gehört jedoch zum Kern von Nachrichtensendungen, dass Berichte auf den jeweils aktuellsten, wichtigsten Aspekt eines Geschehens fokussieren. Konkret: Es ging in dem zweiminütigen Beitrag in den *Tagesthemen* darum, die Kernpunkte des Minsker Abkommens darzustellen, die Reaktionen der russischen und ukrainischen Regierung abzubilden, die Anführer bzw. Sprecher der in der Ost-Ukraine kämpfenden Parteien zu Wort kommen zu lassen und obendrein die aktuelle Situation vor Ort darzustellen -

alles wenige Stunden nach Vereinbarung der Feuerpause. Mehr ist schon aus zeitlichen Gründen nicht leistbar.

Von einer „bewussten Verharmlosung der Träger verbotener faschistischer Symbole und Kennzeichen“, wie Sie schreiben, kann in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein.

Zusammenfassend stelle ich daher fest, dass eine Verletzung der Programmgrundsätze unter anderem gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 WDR-Gesetz i.V. m. § 86 a StGB und § 6 WDR-Gesetz i.V.m. § 4 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde nicht abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow